

Personal in der Warteschleife: Harsche Kritik an Behörden

Bildung Von der Bodelschwingh-Schule gesuchtes Personal kann nicht eingestellt werden. Schulamt und Ministerium verweisen auf gesetzliche Regelungen. *Von Susann Schönfelder*

Die Lage war im vergangenen Herbst besonders prekär: Da es zu wenig Personal gab, galt in der Göppinger Bodelschwingh-Schule vorübergehend die Vier-Tage-Woche. Eine Entscheidung, die für Furore sorgte. Viel verbessert hat sich seitdem nicht, berichten Eltern und Lehrkräfte. Sie versuchten, sich in ihrer Not selbst zu helfen und gingen auf die Suche nach Personal, verteilten Flyer, sprachen Bekannte an. In Dutzenden von Bewerbungsgesprächen klärten sie die Bewerberinnen und Bewerber über ihre Aufgaben auf, letztlich blieben mehr als zehn aussichtsreiche Kandidaten übrig.

Eingestellt ist aber noch niemand von diesen überwiegend Vertretungslehrkräften, die die Lage an der Bodelschwingh-Schule, deren Träger der Landkreis ist, entspannen könnten. „Das hat verfahrenstechnische Hintergründe“, sagt Ulrike Löffler, Schulleiterin der Göppinger Bildungseinrichtung, die geistig und körperlich behinderte Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Viel weiter möchte sie sich nicht aus dem Fenster lehnen, macht aber deutlich, wie sehr sie und ihr Kollegium die Situation belastet: „Ich bin in Sorge. Uns ist es wichtig, dass die Lehrer gesund blei-



An der Bodelschwingh-Schule herrscht schon lange akute Personalnot. Nun ist die Schule selbst aktiv geworden und hat Leute gefunden, wird aber von der Bürokratie ausgebremst. *Foto: Giacinto Carlucci*

„Die Schulleitung hat Personal gewonnen und wird nun von der Bürokratie ausgebremst.“

Helke Baehrens
Vorsitzende des Kreisbehindertenrings

ben und dass die Schüler ein qualitativ gutes Unterrichtsangebot bekommen.“

Jörg Hofrichter, Leiter des Staatlichen Schulamts Göppingen, sieht die Lage nicht ganz so dramatisch: „Die Unterrichtsversorgung der Schule ist zwar mit einem aktuellen Minus weiterhin angespannt, jedoch nicht mehr in dem Maße, wie es im vergangenen Herbst/Winter der Fall war.“

Unkonventionellen, schnellen Lösungen erteilt sowohl das Schulamt als auch das Kultusministerium eine Absage: Die Behörden seien bei Vertragsabschlüssen im öffentlichen Dienst an die gesetzlichen und anderen arbeits-, personal-, beteiligungsrechtlichen Regelungen gebunden. „Wir müssen diese immer beachten und arbeiten dabei so schnell wie nur möglich“, sagt Hofrichter. Die erforderlichen Prozesse, zum Beispiel das Einholen eines polizeilichen Führungszeugnisses, Masernimpfnachweis, Prüfung von Abschlusszeugnissen oder lohn- oder gehaltsmäßige Eingruppierung, die im Sinne der Bewerber, aber auch aus der Verantwortung für die Schülerinnen

und Schüler erforderlich seien, benötigten dabei einfach eine gewisse Zeit, bittet der Schulamtsleiter um Verständnis und betont, „dass unsere Personalschulrätinnen mit jeder bewerbungsinteressierten Person in persönlichem Kontakt waren oder sind und sich extrem bemühen, diese Personen für die Bodelschwingh-Schule zu gewinnen“.

Die Unterzeichnung der Arbeitsverträge zieht sich also hin. Fünf potenziellen Kandidaten, die an der Bodelschwingh-Schule Interesse hatten, dauert dies zu lange. Sie haben bereits zurückgezogen, weil sie ihr bestehendes Arbeitsverhältnis rechtzeitig kündigen mussten oder dort zusagen, wo der Vertrag unterschriftsreif auf dem Tisch liegt.

Enttäuscht und verärgert über die „Unflexibilität des Kultusministeriums“ zeigt sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Heike Baehrens in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kreisbehindertenrings Göppingen. Sie hatte sich in einem Schreiben an Ministerin Theresa Schopper (Grüne) dafür eingesetzt, dass die Arbeitsverträge unterschrieben werden können und somit die Unterrichts- und Betreuungssituation für das kommende Schuljahr verbessert werden kann. „Die Schulleitung hat auf eigene Initiative Personal gewonnen und wird nun von der Bürokratie ausgebremst. Ich kann das nicht nachvollziehen. Es geht schließlich darum, für die Verwundbarsten in unserem Schulsystem die

Versorgung zu sichern und viel belastete Familien nicht noch größeren Herausforderungen bei der Betreuung auszusetzen“, schreibt Baehrens in einer Pressemeldung. Thilo Widmaier, dessen Kind die Schule besucht, stimmt der Abgeordneten voll und ganz zu: „Das Regierungspräsidium hätte bei diesem Notstand ein Einsehen haben müssen.“

Widmaier und die Elternbeiratsvorsitzende Andrea Brennenstuhl verweisen auf die prekäre Lage, die bereits seit zwei Jahren anhalte. Zunächst sei der Montag-nachmittagsunterricht weggefallen. Die Vier-Tage-Woche habe die Situation „extrem verschärft“. Es sei kaum möglich, dass beide Elternteile berufstätig sind, zumal ein behindertes Kind nicht ohne weiteres vom Nachbarn

oder den Großeltern betreut werden könne. Beide nehmen in erster Linie das Schulamt und das Regierungspräsidium in die Pflicht und kritisieren „festgefahrene Strukturen“, die es nicht möglich machten, auf den schon seit Jahren bestehenden Personal-mangel zu reagieren und neue Wege, auch in der Weiterqualifizierung, einzuschlagen. „Da ist jede Großindustrie weiter“, sagt Brennenstuhl. Ein Vorwurf, den Hofrichter so nicht stehen lassen will: „Wir drehen dabei alle Steine um und greifen auch auf ‚unkonventionelle‘ Lösungen zurück.“ So seien zum Beispiel Personen gewonnen worden, die parallel die Ausbildung zur sonderpädagogischen Fachlehrkraft absolvieren und zugleich mit Stundenanteilen an der Schule arbeiten.

Selbstständigkeit als oberstes Ziel

Entwicklung Die Bodelschwingh-Schule Göppingen ist ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit den Förderschwerpunkten geistige sowie körperliche und motorische Entwicklung. Rund 200 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren aus dem ganzen Kreis besuchen die Bodelschwingh-Schule.

Auftrag Ziel ist es, dass sie später als Erwachsene selbstständig durchs Leben gehen und im besten Fall auch eine Arbeitsstelle finden.

Wunsch nach Verlässlichkeit

Widmaier will aber auch die Schule nicht ganz aus der Verantwortung nehmen: „Man könnte konzeptionell etwas anders machen“, schlägt er vor. Hochqualifiziertes Personal könnte seiner Meinung nach vormittags Unterricht halten, die Betreuung am Nachmittag könnten andere übernehmen. Bei beiden Elternteilen bleibt das Gefühl, „dass nicht hundertprozentig alles getan wird, um die Situation zu verbessern“. Ihr größter Wunsch für das neue Schuljahr: „Mehr Verlässlichkeit und die Rückkehr zu einem normalen Maß an qualifiziertem Unterricht.“